

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Weimar, 21. Jan. Die „Weimarer Zeitung“ meldet in officieller Form, jedoch unter Reserve: der Herzog Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha habe die griechische Krone unter der Bedingung angenommen, daß Baiern formell auf alle Ansprüche verzichte und er als Herzog zugleich Regent von Koburg-Gotha bleiben könne. (B. B. Z.)

Brüssel, 21. Januar. Wie in hiesigen sonst gut unterrichteten Kreisen versichert wird, stände der Herzog von Koburg nach verschiedenen Unterredungen mit dem Könige von der griechischen Kandidatur ab und hätte seine Weigerung durch eine Depesche nach England kundgegeben. Der Herzog hat Brüssel bereits wieder verlassen.

Paris, 20. Januar. Eine Denkschrift der päpstlichen Regierung über die beabsichtigten Reformen ist hier eingetroffen und wird ehestens veröffentlicht werden. Es ist ungenau, daß die französische Regierung die Freilassung der Fürstin Barberini gefordert habe.

Paris, 20. Jan. An der Börse war heute das Gerücht verbreitet, daß in den Donau-Fürstenthümern eine Insurrection ausgebrochen sei, und daß Fürst Czoupa die Flucht ergriffen habe. — Die „Nation“ versichert, der französisch-italienische Handelsvertrag, der vor einigen Tagen abgeschlossen ist, enthalte keine Bestimmungen, wonach die italienische Rente in der Folge zur Notierung an der pariser Börse zugelassen wird. (B. B. Z.)

Corfu, 17. Jan. Die ionischen Blätter widersprechen entschieden der Neußerung, daß die Ionier die Union mit Griechenland nicht wollen. Die Demonstrationen in Zante seien ein deutlicher Gegenbeweis. Wenn keine großartigen Demonstrationen stattgefunden haben, so entspringe dies aus Mißtrauen gegen die Absichten Englands.

Preußen.

Berlin, 21. Jan. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Brüssel, Kammerherrn v. Savigny, zum Wirklichen Geheimen Rath mit dem Prädicate „Excellenz“ zu ernennen; und dem bisherigen Landrath des Kreises Breichen, Emil Herrmann Gustav Freymark, das erledigte Landrathsamt des Kreises Wirß zu verleihen.

Ihre Majestät die Königin haben allergnädigst geruht: Der Blumen-Fabrikantin A. Lamy zu Paris das Prädicate Allerhöchster Hof-Lieferantin zu verleihen.

Der k. Eisenbahn-Baumeister Friedrich Ludwig Winterstein zu Kreuznach ist zum k. Bau-Insp. ernannt und demselben die Bau-Insp. Stelle zu Hörter verliehen worden. (St. A.)

Berlin, 21. Jan. [Vom Hofe.] Se. Maj. der König empfangen heute Vormittag um 11 1/2 Uhr Se. Hoh. den Prinzen Wilhelm von Baden, und um 12 Uhr den Vortrag des Civilcabinetts. Um halb 2 Uhr empfingen Ihre Majestäten der König und die Königin den Besuch Ihrer k. Hoh. der Frau Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin. Um 3 Uhr ertheilte Se. Majestät dem Ober-Präsidenten Horn vor seinem Abgange nach Posen eine Audienz.

K. C. Berlin, 21. Jan. [Der im Herrenhause eingebrachte Gesetzentwurf.] betreffend die Einführung der Concurs-Ordnung vom 8. Mai 1855 und des Gesetzes über die Befugnis der Gläubiger zur Anfechtung der Rechtshandlungen zahlungsunfähiger Schuldner außerhalb des Concurses vom 9. Mai 1855 in den Besitz des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein umfaßt 21 Artikel. Nach Artikel 1 treten die beiden in der Ueberschrift genannten Gesetze sowie die Art. 23–32 des Einführungs-Gesetzes zum allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuch vom 24. Juni 1861 mit dem . . . in Kraft. Nach Art. 2 werden gleichzeitig alle bisherigen Bestimmungen über die Materien, auf welche die Concurs-Ordnung und das Gesetz vom 9. Mai 1855 sich beziehen, außer Wirksamkeit gesetzt, sie mögen im gemeinen Recht oder in particularrechtlichen Vorschriften enthalten oder durch Gewohnheitsrecht begründet sein, und ebenso tritt Art. 36 des Einführungs-Gesetzes zum allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuch außer Anwendung. Die übrigen Artikel enthalten solche Special-Bestimmungen, welche den Uebergang des bisher geltenden Rechts zu den an dessen Stelle tretenden Vorschriften vermitteln, und welche durch die eigenthümlichen Verhältnisse des Reichs des Justiz-Senats geboten sind. Speziell haben die Art. 15 u. 16 den Zweck, mehrere sehr wesentlichen Mängeln der bish. Executions- u. Substitutions-Gesetzgebung die auf den Credit einen äußerst nachtheiligen Einfluß üben müssen, abzuhelfen. Die Artikel stehen demgemäß auch mit der ganzen Tendenz der beabsichtigten Reform im Einklange, und es kann um so weniger Bedenken haben, nach dem Antrage des Justiz-Senats sie hier mit aufzunehmen, als einzelne Bestimmungen der Concurs-Ordnung, z. B. die §§ 385 ff. über die Raufgelberbelegung, ferner der § 384, wonach in dem Substitutions-Patent die unbekannten Realgläubiger zur Meldung ihrer Ansprüche aufgefordert werden sollen, für die altständlichen Provinzen bloß eine ergänzende Norm zu der im Uebrigen erschöpfenden Substitutions-Gesetzgebung enthalten, für den Besitz des Justiz-Senats aber ohne eine Reform der letzteren ganz zusammenhanglos dastehen würden. — Zur Motivierung des ganzen Gesetzentwurfs (dem der rheinische Provinzial-Landtag durchweg beigestimmt hat) ist angeführt: „Das Bedürfnis der Einführung der Concurs-Ordnung ist vom Justiz-Senat wiederholt und dringend hervorgehoben worden. Ein verwirklichtes, fast bei jeder Forderung bestrittenes Vorrechts-System, ein der gesetzlichen Basis entbehrendes und deshalb nach der jeweiligen Ansicht des Concurs-Gerichts verschiedenes gestaltetes Verfahren, die Verzögerung der Befriedigung der Creditoren durch Moratorien und erzwungene Nachlaß-Verträge, der Mangel bestimmter Vorschriften über die Verwaltung der Masse, die Abschließung von Vergleichen, die Hinausschiebung der Befriedigung der Creditoren bis nach vollständiger Feststellung der Verität und Priorität der Forderungen der Concurs-Gläubiger, die Heranziehung der Pfand- und Hypotheken-Gläubiger zu dem Concurs-Verfahren sind auch hier bisher allseitig als Mängel empfunden worden.“

[Zu der Adressefrage] hat gestern die Fraction der deutschen Fortschrittspartei beschlossen, den Adressentwurf, wie er aus der gemeinsamen Commission hervorgegangen ist, mit zwei nicht wesentlichen Änderungen anzunehmen und auf dieser Grundlage die gestern begonnenen Einigungsversuche mit den übrigen Fractionen des Hauses, außer der feudalen, fortsetzen zu lassen. Die beiden erwähnten Änderungen bestehen in der Einfügung einer kurzen Erwähnung der reactionären Maßregeln gegen verfassungstreue Personen vom Militärangehörigen und in der Aufnahme eines Schlusssatzes, der die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen betont. Das linke Centrum hat sich ebenfalls für den Adressentwurf der gemeinsamen Commission erklärt, namentlich die Weglassung des gegen die sog. Actionspolitik des Herrn v. Bismarck gerichteten Passus abgelehnt. Die Actoren dieser Fraction sind beauftragt, die Einigungsversuche mit den andern Fractionen nach Kräften fortzusetzen. — Heute sind die Verhandlungen zum Schluß gekommen. Mit den Vertretern der polnischen Fraction und des Centrums hat die Einigung erzielt werden können; dagegen ist es sehr wahrscheinlich, daß der freie parlamentarische Verein dem vereinbarten Adressentwurf zustimmen wird. Der Adressentwurf ist jetzt als festgesetzt zu erachten. Wegen einiger in den gemeinsamen Conferenzen beschlossenen unwesentlichen Änderungen wird heute Abend noch eine Schlussabstimmung in den Fractionen erfolgen müssen. Auch über die geschäftliche Behandlung der Sache wird heute Abend entschieden werden. Voraussichtlich wird der Adressentwurf morgen in das Haus eingebracht werden.

[Von den Budgetvorlagen.] liegt auch heute erst der kurze Haupt-Etat vor; alle Anlagen und Special-Etats fehlen noch, so daß die Budget-Commission auch jetzt noch nicht im Stande ist, ihre Arbeiten zu beginnen.

Berlin, 21. Jan. [Ueber die Eeringfügigkeit der Vorlagen für den Landtag.] lautet der teleg. gemeldete Artikel des „St. A.“ wörtlich, wie folgt: „Der Umstand, daß der Landesvertretung bei ihrer diesmaligen Berufung außer dem Staatshaushalts-

Etat nur verhältnismäßig wenige Vorlagen gemacht werden können, ist in der Lage der inneren Verhältnisse so sehr begründet, daß die daran geknüpften Vorwürfe gegen die Staatsregierung durchaus der Berechtigung entbehren.“

Bei unbefangener Beurtheilung ist nicht zu verkennen, daß ein ersprießliches Zusammenwirken der Factoren der Gesetzgebung in Fragen von tiefer gehender prinzipieller Bedeutung so lange nicht in Aussicht genommen werden kann, als die gegenwärtigen Differenzen in Bezug auf die Stellung und die Rechte jener Factoren selbst nicht zu einem friedlichen Austrage gekommen sind. Es kann nicht Aufgabe der Regierung sein, Gesetzentwürfen einzubringen, nur um sie eingebracht zu haben, wenn sie unzweifelhaft überzeugt ist, daß die Verathung unmöglich einen positiven Erfolg haben, vielmehr nur dazu führen kann, die Lösung wichtiger Fragen durch vorzeitige Discussionen auch für die Zukunft zu erschweren. Die Staatsregierung hat einen höheren Begriff von ihren Pflichten sowohl, wie von der Bestimmung der Landesvertretung, als daß sie sich bewogen finden sollte, derselben die Fragen unserer organischen Gesetzgebung ohne jede Aussicht auf fruchtbringende Ergebnisse nur als Material für unerprißliche Erörterungen hinzugeben.

Deshalb hat sie sich zunächst darauf beschränken zu müssen geglaubt, vor Allem die endliche Erledigung der Militär- und Staatshaushalts-Fragen zu erstreben. Wenn nichtsdestoweniger die Absicht obwalte, noch Gesetzentwürfe von prinzipieller Wichtigkeit vorzulegen, so dürfte hierbei deren innerer Zusammenhang mit der Verfassungs- und Budgetfrage maßgebend gewesen sein. Die kurze Verzögerung der Vorlage aber beruht auf zufälligen und, wie jetzt zuversichtlich anzunehmen ist, bald vorübergehenden Umständen.

Die Staatsregierung hat das Budget für 1863 unmittelbar nach Konstituierung des Abgeordnetenhauses vorgelegt; wenn die Bervielfältigung des Etats und der umfangreichen Anlagen durch den Druck nicht gleichzeitig beendet war, so ist der auch in früheren Jahren eingetretene Verzug diesmal durch allgemein bekannte unvermeidliche Verhältnisse vollkommen erklärlich, der Vorwurf einer Versäumnis seitens der Regierung aber ungerechtfertigt.

Die Einbringung des Gesetzes über die Dienstpflicht wird unverzüglich erfolgen, gewiß noch ehe die Budgetverathung in der Commission nach der hergebrachten Praxis auch nur in die ersten vorbereitenden Stadien getreten ist.

Die Vorlage der Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1862 behufs nachträglicher Prüfung und Genehmigung wird sobald erfolgen, als die Materialien und Grundlagen für eine wirkliche Prüfung vorhanden sein werden. Eine frühere Vorlage würde rein illusorisch sein.

Auch wird jeder Einsichtige es nur sachgemäß finden, daß die Regierung sich eingehende Erklärungen über ihr Verhältniß in Bezug auf jenen Etat bis zu dem nahen Zeitpunkte vorbehält, wo sie auch im Stande sein wird, den vollständigen Nachweis darüber zu führen. (Eine solche Sorte von Beweisführung hat selbst die „Stern“ nicht geachtet und diese wüßte doch im Mangel an Logik etwas zu leisten. D. Red.)

[Ueber die Adresse] schreibt die „Berl. A. Z.“: „Eine Adresse, welche die Stimmung des Landes über die allgemeine Lage auseinandersetzt, hätte nur dann einen Sinn, könnte sich nur dann auf die Möglichkeit einer Wirkung Hoffnung machen, wenn sie, abgesehen von den Feudalen, wie die Resolution des 13. October, von dem gesammten Hause einmütig und ohne Discussion beschloffen würde.“

Diese Hoffnung — wir sagen es mit dem tiefsten Bedauern — ist ausgegeben. Der Grund liegt nicht bloß in dem Unglück, mit welchem die Vorverhandlungen eingeleitet sind; er liegt vielmehr darin, daß das Urtheil über die Vergangenheit, die Aussicht in die nächste Zukunft*) innerhalb der liberalen Partei nicht einhellig sind; oder wenigstens, daß beides eine verschiedene Stimmung hervorruft. — Wir sagen das nicht ohne Kenntniß der bereits vorliegenden Entwürfe.

Von Gründen für die Nothwendigkeit einer Adresse haben wir nur einen gehört: Deutschland erwarte vom preussischen Volk eine That.

Der Grund hat etwas für sich, aber er reicht nicht aus. Deutschland täuscht sich über die Natur unserer Krisis auf eine ganz verhängnisvolle Weise; es hält sie für eine acute, sie ist leider eine chronische; es rechnet auf leuchtende Thaten, wo nur eine zähe, unablässige, höchst unerquickliche und durchaus nicht glänzende Ausdauer den Preis gewinnen kann. Deutschland glaubt, irgendwo sei der magische Punkt vorhanden, den man nur ehrlich suchen und glücklich finden dürfe, um die Krisis sofort zum erwünschtesten Ausgange zu bringen. Dieser Punkt ist aber nur eine Phantasie.“

Berlin, 21. Jan. [Beiträge zur Geselligkeit und Verfassungsmäßigkeit unserer Zustände.] Die Red. der „Berliner Börs. Z.“ schreibt: „Wie unseren Lesern vielleicht noch erinnerlich ist, wurde die Nummer 564 unserer Zeitung wegen eines in derselben enthaltenen Artikels, welcher mit Rücksicht auf die Neußerung des Ministerpräsidenten v. Bismarck, daß die Presse vorwiegend von Juden und Personen, welche ihren Beruf verfehlt hätten, geleitet werde, einen Rückblick auf die Carriere des Herrn v. Bismarck selber warf, mit Beschlag belegt. Es war dies die Morgennummer vom 3. Dezember. Eine zweite Beschlagnahme wurde dann über die Nummer 593 (Abendnummer vom 19. Dezember) verhängt und zwar wegen einer Bepfehlung der Aeußerung des Handelsministers Graf Spensberg: „Sie haben in Ihrer Gegend auch Schenk gewählt; an solche Gegenden vergiebt man nicht leicht Eisenbahn-Concessionen.“ Seit der Beschlagnahme der erst erwähnten Nummer sind nunmehr sieben, seit der Beschlagnahme der zweiten Nummer über vier Wochen**) verfloßen. Heute, am 20. Januar, erhalten wir nunmehr eine, von einem Rector Friedländer unterzeichnete Benachrichtigung, daß die beiden Beschlagnahmen der Nummern 564 und 593 unserer Zeitung auf Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft wieder aufgehoben seien, und gleichzeitig mit dieser Benachrichtigung werden uns 50 Exemplare der letzteren Nummer zugesandt. Man wird gestehen müssen, daß in diesen Vorkommnissen denn doch Anomalien liegen, die dringend einer Beseitigung bedürfen. Jeder weiß, daß eine Zeitung auf den Tag berechnet ist; hier hat es nun also sieben und resp. vier Wochen bedurft, bis man erklärt hat, daß zur Beschlagnahme resp. zur Erhebung der Anklage kein Grund vorlag und bis wir das somit

*) Wer darüber noch im Unklaren ist, dem ist freilich weder zu rathen noch zu helfen. (Die Red. d. Berl. Ztg.)

**) Geht uns auch so. Am 23. Dezember v. J. wurde die Berl. Ztg. confiscirt, heute am 22. Jan. wissen wir noch nicht, wo die confiscirte Nummer steht und was über dieselbe entschieden ist. Nach § 29 des Preßgesetzes soll aber binnen 10 Tagen über die Confiscation entschieden sein. D. Red. d. Berl. Z.

ohne berechtigten Grund und confiscirte Eigenthum zur freien Benützung wieder zurück erhalten. Ein Rector, also einer der subalternsten Beamten des königlichen Polizei-Präsidii, benachrichtigt uns von diesem Sachverhalte und wir fragen vergebens, ob etwa dieser Rector es ist, gegen den wir unser Recht weiter zu verfolgen haben. Es ist Angelegenheit der augenblicklichen Zustände nicht ohne Gefahr, unserem gerechtfertigten Unmuth über diese Vorkommnisse den entsprechenden Ausdruck zu geben. Wir wollen nicht wieder dadurch eine Confiscation veranlassen, über deren Grund wir dann vielleicht abermals nach sieben Wochen die Benachrichtigung eines Rectors erhalten. Wir bescheiden uns mit der einfachen Anführung dieser Thatfache an sich, sie spricht besser, als es lange Raisonnements vermögen, für das Anomale unserer gegenwärtigen Zustände, und wir werden hoffentlich die volle Theilnahme des zeitungsliebenden Publikums für alle diejenigen wahrnehmen, die unter solchen Verhältnissen das Recht des freien Wortes vertreten müssen. Die beiden Artikel, um die es sich bei den beiden Beschlagnahmen handelte, haben im Augenblick ihre unmittelbare Bedeutung so sehr verloren, daß wir von deren nochmaliger Wiedergabe Abstand nehmen.“

Berlin, 21. Januar. [Nicht österreichische, sondern preussische Reaction.] Die „B. u. S. Z.“ schreibt: Die durch officiële Correspondenten verbreitete Behauptung, Graf Reicheberg habe eine Annäherung an Preußen mit der Absicht versucht, das berliner Cabinet zu gemeinsamen Maßregeln gegen die Bewegungspartei zu bestimmen, findet hier in den bestunterrichteten politischen Kreisen, auch in den eigentlich ministeriellen, nicht den mindesten Glauben. Es verlautet im Gegentheil, Graf Reicheberg habe Andeutungen gemacht, wie die bestehende Bundesverfassung dadurch populärer und den nationalen Wünschen entsprechender gestaltet werden könnte, daß die Einheits- und Freiheitsbestrebungen in den deutschen Stämmen von der Bundesvertretung selbst geleitet würden. Dies soll in sehr bestimmter Weise von dem wienener Cabinet erst in der neuesten Zeit, als es sich um Verzichtleistung auf das Delegirtenproject handelte, zunächst bei den Interessenten dieses Reformplanes, den sog. würtzburger Staaten, angeregt, dann aber auch zur Kenntniß der preussischen Regierung gebracht, dieses aber mit Rücksicht auf die Bundesgrundverträge und die in diesen für die Zuständigkeit des Bundes gegebenen Grenzen einer näheren Erörterung nicht unterzogen worden sein. Repressive Maßregeln sollen dagegen niemals von Oesterreich zur Sprache gebracht worden sein; auch damals nicht, als der Nationalverein noch ernstliche, seitdem überall geschwundene Besorgnisse bei einigen mittelstaatlichen Regierungen hervorgerufen hatte.

— [Eine Stimme aus dem klerikalen Lager.] Die „Köln. Bl.“ theilen folgende bemerkenswerte Erklärung eines klerikalen, eines Bruders des Generalvikars Baudri, mit:

„In Correspondenzen der „Elberfelder Zeitung“ und einiger anderer Blätter wird es auffallend gefunden, daß die von der hiesigen Fortschrittspartei ausgehende Adresse an das Abgeordnetenhaus von einzelnen hervorragenden Mitgliedern „unserer klerikalen Partei“ unterzeichnet worden, und erweist man mir die Ehre, mich beispielsweise zu nennen. Sonohl diese, wie auch anderseitige Bemerkungen mögen es gerechtfertigt erscheinen lassen, wenn ich, in Erinnerung dererleiben, meine Aehnlichkeit an Unterzeichnung jener Adresse in einigen Sätzen motivire, um dadurch weiteren Mißdeutungen zu begegnen. Zunächst betrachte ich die Frage, um welche es sich in der betreffenden Adresse handelt, als keine Parteifrage im engeren Sinne, sondern als eine solche, die Alle, welche treu zur Verfassung halten, gegen jene ver-einigt, die auf den Sturz der Verfassung hinarbeiten, oder dieselbe nur zum Scheine bestehen lassen wollen. In Bezug auf die Frage selbst, welche den Conflict unter den Factoren der verfassungsmäßigen Staatsgewalt herbeiführt, begehe ich die feste Ueberzeugung, daß das Abgeordnetenhaus im Sinne der größten Mehrzahl der hiesigen Urwähler gehandelt, und daß es nur eine seiner heiligsten Pflichten erfüllt hat, indem es durch sein Votum die Opfer, welche im Militär-Budget dem Lande färbig aufgelegt werden sollen, mit der Leistungsfähigkeit und den Bedürfnissen des Landes in Einklang zu bringen suchte. Da nun dieser Ueberzeugung entgegen, die sich fast aller Orten kundgegeben, eine verfassungseindliche Partei es gewagt hat, durch sogenannte Loyalitäts-Adressen Se. Majestät unsern König über die wahre Stimmung des Volkes zu täuschen, so erachte ich es für eine Pflicht jedes selbständigen Staatsbürgers, seine Stimme mit in die Waagschale zu legen, damit diese arge Täuschung entfernt und das Band des Vertrauens und der Eintracht wieder hergestellt werde, ohne welches weder der Krone noch dem Volke Heil ermañen kann. Ob eine solche Kundgebung von der Fortschrittspartei oder einer andern ausgegangen, das konnte mich nicht abhalten, meine Pflicht nach eigener Ueberzeugung zu erfüllen; es fehlt mir zu sehr jener Parteifanatismus, um das Gute nicht anzuerkennen, was aus irgend einer Partei, der ich nicht angethöre, hervorgeht, und ich habe viel zu wenig Indifferentismus, um da, wo es gilt, zu handeln, mich zwischen den Parteien durchzuwinden oder zu Hause zu bleiben. Sollten übrigens die Bemerkungen über die Unterzeichnung der Adresse seitens Solcher, die der Fortschrittspartei nicht angehören, beabsichtigen, jetzt die mannichfachen Parteigegensätze hervorzuheben, so wird dieser Zweck bei mir und meinen Gefinnungsgegnern nicht erreicht werden. Gerade weil wir in den Kämpfen um Gleichberechtigung auf dem Boden der Verfassung unsern Partei-Standpunkt mit Entschiedenheit wahrten, wissen wir die Rechte und Freiheiten, welche die Verfassung Jedem gewährt, zu hoch zu schätzen, als daß wir da unsere Mitwirkung verlagen oder eine Separatstellung einnehmen sollten, wo es gilt, die Verfassung selbst zu vertheidigen und zu befestigen.“

Marienwerder, 17. Jan. [Unterhaltung.] Vor einiger Zeit brachte die berliner „Volksztg.“ eine Mittheilung von hier über die bei dem hiesigen königl. Gymnasium angeordneten Ersparungen. Es wäre höheren Orts, heißt es darin, der etatsmäßige Fonds für Unterhaltung der Bibliothek, so wie die Befoldung eines Hoflehrers erheblich herabgesetzt, während die Stadt Marienwerder ihren Schul-Etat in neuester Zeit um sehr erhebliche Summen erhöht hätte. Diese Mittheilung erfuhr eine officiële Berichtigung, worauf jedoch der ungenannte Correspondent in einer ferneren Erwiderung die Richtigkeit der angeführten Thatfachen aufrecht erhielt. Da die Vermuthung nahe lag, daß einer der Gymnasiallehrer bei jenen Angaben direct oder indirect betheiligt sei, so ist höheren Orts eine Untersuchung angeordnet, welche der Confötorialrath Hohenfeldt aus Königsberg heute an Ort und Stelle durch protokollläre Vernehmung sämtlicher Lehrer und Anstellung anderweiter Ermittlungen führte. Wie die „Danz. Ztg.“ hört, hätten sich indeß positive Verdachtsmomente gegen keinen der Lehrer herausgestellt. (Mit Disciplinaruntersuchungen kommt man freilich immer am besten weg; sie sind nur leider keine Widerlegungen. D. Red.)

Köln, 20. Januar. [Zur Presse.] Die polizeiliche Beschlagnahme der Nummer 4, erstes und zweites Blatt der „Köln. Zeitung“, ist von der Rathskammer des hiesigen Landgerichts als nicht gerechtfertigt anerkannt und aufgehoben worden. Gegen dieses Urtheil hat der Ober-Procutor Boelling Opposition eingelegt, und der Anklage-Senat des hiesigen Appellationsgerichtes hat nur das zweite Blatt mit der vermischten Nachricht aus Coesf freigegeben, die Beschlagnahme

des ersten Blattes mit der, Urtheile russischer Blätter über Preußen anführenden, Correspondenz aus Petersburg ist aufrecht erhalten worden.

Oesterreich.

Wien, 20. Jan. [Ueber eine projectirt gewesene Zusammenkunft zwischen dem Grafen Rechberg und Herrn v. Bismarck] bringt die „Indep.“ unter Paris die Version, der österreichische Minister des Aeußern sei wohl geneigt gewesen, mit dem preussischen Premier zusammenzukommen, habe aber bemerkt, daß eine solche Konferenz, wenn sie resultatlos bliebe, von sehr schlimmer Nachwirkung sein könnte; man möge sich also vorher einigen, was man beabsichtige. Vor allem müßte die Unabhängigkeit der Einzelstaaten festgehalten werden, aber das föderative Band sei durch eine Delegirten-Versammlung am Bunde zu stärken; um aber Preußen zu beruhigen und seine Stellung zu wahren, sollte die Stimmenzahl nach dem realen Machtverhältniß der Bundesstaaten geordnet werden. Zugleich soll Graf Rechberg sich auch zu jeder weitergehenden Maßregel bereit gezeigt haben. Hr. v. Bismarck scheint jedoch nicht gewillt zu haben, und die Konferenz unterblieb. So die Version der „Independance belge“. Die „General-Correspondenz“ bezeichnet diese Angaben als ein künstliches Gemisch von Wahrem und Falschem. Als wahr läßt das offizielle Organ gelten, daß Preußen nicht gerade bei dieser Gelegenheit, aber überhaupt die Stimmenvertheilung gemäß den realen Machtverhältnissen am Bunde fordern. Es ist unverkennbar, bemerkt die „G. C.“, daß dieser dritte Punkt die preussische Anschauung formuliert, und daher österreichischerseits gar keine Veranlassung vorlag, vorweg zu adoptiren, was nur bei einer vorgängigen Annäherung an die österreichische Grundanschauung über die nothwendigsten Reformen der Bundesverfassung als Beweis des Wunsches möglichen Entgegenkommens denkbar wäre.

Russland.

St. Petersburg, 17. Jan. [Der neue Postminister.] — Karaitische Handschriften. — Das Aufheben der Brantweinpacht. — Die Bauern. — Die Presse. Ein hervorragendes Ereigniß, welches uns das neue Jahr gebracht hat, ist jedenfalls die Ernennung eines neuen Postministers in der Person des Grafen Tolstoi, der bisher verschiedene Hofchargen bekleidet und sich überall als ein Mann von Umsicht und Energie bewährt hat. Der Graf bringt freilich für das Postwesen selbst nur sehr mangelhafte Kenntnisse mit, aber dafür hat er den eifrigsten Willen, diesen so unendlich wichtigen Geschäftszweig zu heben und zu fördern, und ihm seine ganze Kraft und Thätigkeit zuzuwenden. Gleich bei seinem Eintritt in das neue Amt hat Graf Tolstoi sich den Rath und die Unterstützung des Directors des Postdepartements, Geheimrath Laube, erbitten, der sich durch vorzügliche Kenntniß des Postwesens und durch seltene Gewandtheit ausgezeichnet, der aber leider unter dem bisherigen, an alten Formen und Gewohnheiten hangenden Postminister Prijanischnikow, nicht durchdringen konnte. Fast kein einziger Verwaltungszweig ist bei uns seit her so vernachlässigt gewesen, als die Post, und die fortwährenden Klagen des Publikums, so wie die eifrigsten Bemühungen der Presse blieben fruchtlos. Hoffentlich wird es nun endlich besser werden. Unsere Regierung hat auf allerhöchsten Befehl eine berühmte Sammlung karaitischer Schriften angekauft und sind selbige der kaiserl. öffentlichen Bibliothek als Eigenthum übergeben, nachdem sie vorher von verschiedenen Gelehrten geprüft worden, deren Urtheile dahin lauteten, daß diese Sammlung nicht nur für die Kritik des Textes der heil. Schrift, sondern auch überhaupt für Paläographie und Chronologie, und außerdem noch für die Geschichte des südlichen Russlands von großer Wichtigkeit sei. Der karaitische Gelehrte Abraham Firkowitsch hat über 30 Jahre seines Lebens der Sammlung dieser seltenen Handschriften gewidmet. Schon während seines Aufenthaltes in Konstantinopel im Jahre 1830 gelang es ihm, einige kostbare hebräische Codices zu erwerben, und seit jener Zeit nährte er die Hoffnung, noch ältere und kostbarere aufzufinden. Der Realisation dieser Hoffnung opferte er sein Vermögen; er ertrug die lange Trennung von seiner Familie, er unterzog sich allen möglichen materiellen Entbehrungen und nicht selten auch großer Gefahr für sein eigenes Leben. Herr Firkowitsch hat die Krim und den Kaukasus nach allen Richtungen durchwandert und durchforscht; er hat Monate lang auf Kirchhöfen gelebt, um die alten Grabinschriften zu studiren und zu copiren; er ist in Synagogen und die Orte eingedrungen, wo die Juden bei feindlichen Ueberfällen ihre Häuser aufbewahren pflegten; er hat sich auf seinem mühevollen Wege durch keinen Kampf mit Fanatismus und Rohheit ermüden lassen. So sind 124 hebräische Original-Copien des alten Testaments zusammengekommen, die älter sind als alle anderen hebräischen Codices, welche in den Bibliotheken des übrigen Europas aufbewahrt werden. In der Sammlung des Herrn Firkowitsch sind 25 Handschriften vor dem neunten, und 20 vor dem zehnten Jahrhundert geschrieben. In Betreff von 5 Handschriften auf Leder kann man entschieden behaupten, daß sie die ältesten von allen bisher in der Welt entdeckten Urkunden über das Wort Gottes sind. Die ganze Sammlung des Hrn. Firkowitsch besteht: 1) aus 47 Rollen des Pentateuch auf Leder und Pergament; 2) aus 77 Codices der heiligen Schrift; 3) aus 23 Uebersetzungen in alle möglichen Sprachen; 4) aus 272 Werken karaitischer Schriftsteller; 5) aus 523 Werken rabbinischer Schriftsteller; 6) aus 250 verschiedenen Alken, historischen Briefen und Artikeln; 7) aus 722 Grabinschriften; 8) aus circa 300 Dokumenten, welche die Geschichte der Karaim im westlichen Russland betreffen; und 9) aus circa 300 alten Plänen verschiedener neurussischer Städte. Die Regierung hat Herrn Firkowitsch für diese Sammlung die Summe von 100,000 Silberrubel bezahlt. Mit dem 1. Januar d. J. hat für ganz Russland das System der Brantweinpacht aufgehört, deren letzte Periode, mit einigen Abweichungen, seit dem Jahre 1827, also ungefähr 36 Jahre bestanden hat. Der Staat bezog von den Brantweinpächtern im Jahre 1840 eine Einnahme von 36 Mill. Silberubeln, im Jahre 1850 gegen 52 Mill. Silberubel, im Jahre 1855 gegen 68 Millionen, seit 1859 aber gegen 129 Mill. Silberubel jährlich. Wenn die Brantweinpächter im Stande waren, eine so kolossale Summe zu zahlen, und dabei noch ihre anderen bedeutenden Ausgaben zu bestreiten, und dennoch einen namhaften Vortheil zu ziehen, so läßt sich leicht vorstellen, welche enorme Summen besonders in den letzten vier Jahren dem Volke erpreßt worden sind! Um aber dieses Geld zu erlangen, mußte das Volk einen größern Arbeitslohn beauspruchen und den Preis auf die verschiedenen Produkte erhöhen, wodurch denn jene allgemeine Theuerung entstand, die so unendlich viel Klagen erweckte und der Grund zu der Vermehrung unserer Kreditheine war. So ist denn endlich das System dieses Pachtmonopols gefallen, das außerdem noch einen so verderblichen Einfluß auf die Gesundheit, die Bildung und die Sittlichkeit des Volkes ausübte, und zugleich die Finanzverwaltung des Staates in eine erniedrigende Abhängigkeit stellte. Es bleibt nur zu wünschen, daß die Spuren des früheren Pachtstems sich sobald als möglich verwischen mögen, und daß die neue Acciseeinrichtung, welche das Finanzministerium mit so großer Sorgfalt organisiert hat, den besten Erfolg habe. — Die Zeitung für Landwirthe beschreibt einen Apparat zur Gasbereitung nach dem System unserer Ingenieure, der Herren A. und J. Litwinowski. Dieser Apparat dient zur Gewinnung des

Gas aus Delsaz, schlechtem Terpentinöl, Harz u. s. w., ist sehr bequem zu handhaben und von so einfacher Konstruktion, daß er für die kleinsten Verhältnisse (für 10 Flammen und weniger) anzuwenden ist. Es gehört durchaus kein gewandter Arbeiter dazu, um das Gas auf eine ganz gefahrlose Weise zu gewinnen. Bei dreistündiger Thätigkeit des Apparats werden aus 40 Pfund Delsaz 400 Kubfuß Gas gewonnen, welche auf 10 Stunden für 40 Flammen hinreichen, von denen jede die Stärke von 7 Stearinkerzen hat. Dieses Gas giebt eine sehr angenehme helle Flamme und ist geruchlos. — Der Apparat besteht aus einem runden Ofen von 2 Fuß 4 Zoll im Durchmesser und 3 Fuß Höhe zur Erhitzung einer gußeisernen Retorte, über welcher ein kleiner Behälter für das Del befindet ist, aus einem Kähler von der einfachsten Konstruktion und aus einem Gasometer. — Der Preis ist 290 bis 2800 Rubel, je nach Anzahl der Flammen. — Da das Delsaz 2,7 mal heller brennt als das Steinkohlengas, so verbraucht man nur 1000 Kubfuß Delsaz, wo man 2700 Kubfuß Steinkohlengas verbrauchen würde, und käme das Delsaz nach hiesigen Verhältnissen fast um die Hälfte wohlfeiler als das Steinkohlengas. — Aus der einzigen für Petersburg neu angekündigten deutschen Wochenschrift „Der Beobachter an der Newa“ ist doch nichts geworden. Wir prophezeiten ihr allerdings kein dauerndes Fortbestehen, aber sie hat es für noch rathlicher gehalten, gar nicht zu erscheinen und den wenigen Abonnenten das Geld lieber gleich zurückzahlen. Die wachsende Zahl der russischen Zeitschriften zeigt dagegen von dem erweiterten geistigen Leben in Petersburg. — Die erhabendste Erscheinung als Folge der Befreiung der Bauern ist der bei ihnen mit ganz ungewöhnlicher Stärke erwachte Bildungstrieb. Die letzten Berichte über den Stand der Bauerangelegenheiten melden, daß in 17 Gouvernements zur Zeit der Publikation des Manifestes vom 19. Febr. 1861, 1299 Schulen bestanden und daß dort seitdem 3409 Schulen hinzugekommen sind, so daß sie gegenwärtig 4708 Schulen mit 74,582 Lernenden zählen. — Dem immer mehr sich entwickelnden Geistesleben des Volkes gegenüber, mußte natürlich auch die Presse eine andere Stellung erhalten. Nachdem bereits die Spezial-Censur abgeschafft worden und die allgemeine Censur von den dem Unterrichtsministerium untergeordneten Comités in sehr humaner Weise ausgedrückt wird, die Regierungsorgane und rein wissenschaftlichen Zeitschriften von aller Censur befreit wurden, ist gegenwärtig eine besondere Commission mit der Ausarbeitung eines neuen Preßgesetzes beauftragt, nach dessen Erscheinen die Präventiv-Censur gänzlich wegfällt.

Breslau, 22. Jan. [Diebstahl.] Gestohlen wurden: Neufeststraße Nr. 38 circa 20 Str. Horn und 15 Str. Knochen; Antonienstraße Nr. 17 eine Quantität Pfefferweibschnecke im Gewicht von 9 Pfund; Gahrig Nr. 46 ein schwarzer Duffelpaletot mit schwarzem Sammtfalten, in den Taschen befand sich eine quittirte Rechnung über 7 Thaler 27 Sgr. 6 Pf. und vier Stück Einladungsarten zu dem am 2ten d. Mts. im Schieferwerder stattfindenden Schmelzball; Lauenzenstraße Nr. 61 zwölf Flaschen Wein; neue Laskenstraße Nr. 6 ein Damen-Paletot von Duffel und ein schwarzes Damen-Tafelkleid, ersteres war letzteres mit Schmelzbesatz; Gartenstraße Nr. 30b eine runde geschliffene Hauslaterne.

Verloren wurde: ein Gefundenenbuch, lautend auf Christiane Wiesner aus Schlichtingheim, Kreis Fraustadt, Abhanden gekommen ist am 20ten d. M. auf der Siebenhubener-Straße ein junger schwarzer Bubel.

Gefunden wurden: ein Schlüssel mit Nr. 2 gezeichnet, eine Ledertasche mit fünf Stück Schlüsseln, eine Eisenkette und eine Kiste, signirt W. 5.

Neumarkt, 21. Jan. Von den Gewittern, welche gestern mitten im Winter — über hiesigen Kreis zogen, entlief sich das eine gegen Abend auch über unserer Stadt; östern bläulichen Wlisen folgte meist harter Donner, begleitet von Regen und heftigem Sturm, welcher letzterer an Bäumen und Dächern nicht unbedeutenden Schaden verursacht haben mag; in Rambsie bei Maltitz hat derselbe z. B. das Zinddach des Kirchthurms zum Theil abgerollt. In Royn, 2 Meil. westl. von hier, hat der Blitz ein lebfriges Mädchen in einem Hause getödtet, ohne zu zünden, und in Marißwitz bei Lissa Abends gegen 6 Uhr eine Dominal-Scheuer entzündet und eingedachert. Die aufgeregten Elemente haben sich heut noch nicht beruhigt, der Wind weht heftig fort, Frost und Schneegestöber bringen.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad in Pariser Einheiten, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Lufttemperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 21. Jan. 10 U. Ab.	326,25	+1,6	W. 2.	Wolfig.
22. Jan. 6 U. Morg.	328,55	+1,4	NW. 3.	Trübe.
Berlin, 21. Jan. 8 U. Morg.	328,60	+1,0	W.	Nachtst.
Warschau, 20. Jan. 8 U. Morg.	—	+1,0	—	—
Adln, 20. Jan. 1 U. Mitt.	326,40	+5,5	WNW. 3.	—

Breslau, 22. Jan. [Wasserstand.] D. P. 14 F. 7 Z. U. P. 1 F. 8 Z. Cistern.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 21. Jan. Nachm. 3 Uhr. Die Rente eröffnete zu 70, wich bis 69,90, stieg dann auf 70,20, schloß aber in trüger Haltung unbelebt zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92½ eingetroffen. Schluss-Course: 3proz. Rente 70, 05. 4½proz. Rente —. Italienische 5proz. Rente 70, 70. 3proz. Spanier 50, 1proz. Spanier 46. Oester. Staats-Eisenbahn Aktien 510. — Credit-mobilier-Aktien 1168, 75. Lomb. Eisenbahn-Aktien 587, 50. Oester. Credit-Aktien —.

London, 21. Januar. Nachm. 3 Uhr. Silber 61½. Consols 92½. 1proz. Spanier 45½. Mexitaner 32½. Sardinier 83½. 5proz. Russen 98½. 4½proz. Russen 95½. Hamburg 3 Monat 13 Mt. 6½ Sch. Wien 11 Mt. 88 Kr.

Wien, 21. Jan. Mitt. 12 Uhr 30 Min. Matthe Stimmung. 5proz. Metall 75, 60. 4½proz. Metall 66, 75. Bank-Aktien 813. Nordbahn 186. — 1854er Loose 92. — National-Anleihe 82, 10. Staats-Eisenbahn-Aktien 510. — Credit-Aktien 226, 60. London 116, 30. Hamburg 87, 50. Paris 46, 10. Gold —. Silber —. Böhmische Westbahn 169, 50. Lombardische Eisenbahn 274. — Neue Loose 132. — 1860er Loose 92, 50.

Frankfurt a. M., 21. Januar. Nachm. 2 Uhr 30 Min. Anfangs flau, im Laufe der Börse günstiger für öfter. Effekten. Böhm. Westbahn 74. Finnländische Anleihe 92½. — Schluss-Course: Ludwigshafen-Verkehr 140. Wiener Wechsel 100. Darmst. Bankaktien 242. Darmst. Zettelbank 256. 3proz. Metall 64. 4½proz. Metall 56. 1854er Loose 77. 5proz. National-Anleihe 69. Oester. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 240. Oester. Bank-Aktien 830. Oester. Credit-Aktien 230. Neueste öfter. Anleihe 80. Oesterreich. Elisenbahn 131. Rhein-Nabe-Bahn 33. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 130. —

Hamburg, 21. Jan. Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Die Börse war flau, schloß aber etwas fester. Finnland. Anleihe 91. Schluss-Course: National-Anleihe 69. Oester. Credit-Aktien 96. Vereinsbank 102. Norddeutsche Bank 103. Rheinische 99. Nordbahn 65. Disconto —.

Wien, —, Petersburg —. Hamburg, 21. Jan. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auswärts gedrückt. Roggen loco stille, ab Oftee pr. Frühjahr 76 gefordert, nur einzeln 75 geboten. Del pr. Mai 31½, Ott. 30. Kaffee unverändert. Zink ohne Umsch.

Liverpool, 21. Januar. [Baumwolle.] 2000 Ballen Umsatz. Markt sehr rubig.

Breslau, 21. Jan. Je länger die Zurückhaltung der Privatkaufleute anhält, desto mehr macht sich das Realisationsbedürfnis der Börse selbst geltend. Die politische Lage, durch Gerüchte noch bedrohlicher gemacht, erzeugt überdies Befürchtungen für den nahen Ultimo, welche um so dringender zu Realisationen aufordern. Heute wurde an der Börse die Nachricht verbreitet, Fürst Czaja habe seine Staaten verlassen. Dazu fehlt es augenblicklich an jeder Veranlassung, im Gegentheil ist von Mäthungen der Donaufürstenthümer gegen die Wörte die Rede. Da jedoch die Börse selten die Beweggründe für die Reaction in sich selber sucht, so erweist sie solche von außen sich darbietende Momente stets um so williger. Das Ausbleiben von

Depeschen in Folge der auf den westlichen Telegraphen-Linien eingetretenen Störung machte die Käufer noch zurückhaltender. Wir hatten in Folge davon, da außer den Silberkäufern, welche diese Stimmung zu Dedungen benutzten, Käufer fast ganz fehlten, eine durchaus flau Börse. In allen Effectengattungen gingen die Course wieder zurück, in den schwächeren Eisenbahnactien abermals um Procente. In öfter. Papieren trat erst um die Mitte der zweiten Stunde eine Reaction gegen den vorangegangenen starken Coursrück ein. Ueberhaupt war der Schluss rubiger und fester. Geldmarkt schwierig, Disconto nicht unter 3½. (B. u. S. 3.)

Berliner Börse vom 21. Januar 1863.

Fonds- und Geld-Course.	Div. Z.	1861 F.
Freiw. Staats-Anleihe	4½	102 R.
Staats-Anl. v. 1850	52	101½ bz.
Staats-Anl. v. 1854	57	102 bz.
dito 1854	58	102 bz.
dito 1854	59	102 bz.
Staats-Schuld-Sch.	3½	89½ bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	129½ bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	103 bz.
Kur-u. Neumärker	3½	92½ B.
dito dito	4	101½ bz.
Pommersche	3½	91½ B.
dito neue	4	100½ B.
Posenische	4	103½ B.
dito neue	3½	98½ B.
Schlesische	3½	95½ G.
Kur-u. Neumärker	4	100 B.
Pommersche	4	99½ B.
Posenische	4	99 bz.
Preussische	4	99½ bz.
Westf. u. Rhein.	4	99½ bz.
Sächsische	4	100½ bz.
Schlesische	4	100½ G.
Louisdor	—	109½ bz.
Goldkronen	—	9½ G.

Ausländische Fonds.	Div. Z.	1861 F.
Oester. Metall	5	64½ bz.
dito 54 Pr.-Anl.	4	79 bz.
dito neue 100 fl.-L.	—	76½ B.
dito Nat.-Anleihe	5	71 a 70½ bz.
dito Bankn. u. Wbr.	—	87 bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	96½ G.
dito 5. Anleihe	5	92½ bz.
dito poln. Sch.-Obl.	4	85½ B.
Poln. Pfandbriefe	—	90½ bz. u. G.
Poln. Obl. a 500 Fl.	4	93½ G.
Poln. Obl. a 300 Fl.	5	95 B.
Poln. Obl. a 200 Fl.	—	24 G.
Poln. Banknoten	—	90½ bz.
Karlsruhe 40 Thlr.	—	56½ etw. bz.
Baden 35 Fl.	—	32 B.

Actien-Course.	Div. Z.	1861 F.
Ansch.-Ditt.	—	90½ B.
Ansch.-Mastricht.	—	34½ bz.
Amst.-Rotterdam	—	97 bz.
Berg.-Märkische	—	106 a 106½ bz.
Berlin-Anhalter	—	144½ bz.
Berlin-Hamburg	—	124 bz.
Berlin-Potsd.-Mgd.	—	185½ bz.
Berlin-Stettiner	—	135½ bz.
Breslau-Freiburg	—	135 bz.
Östn.-Mündener	—	127 bz.
Frankf. St.-Eisenb.	—	135 a 134½ bz.
Ludw.-Börschach	—	140½ B.
Magd.-Halberst.	—	224 bz.
Magd.-Wittenberg	—	63½ bz.
Mainz-Ludw. A.	—	126 bz. u. G.
Mecklenburger	—	66 a 65½ bz.
Münster-Hammer	—	88½ bz.
Neisse-Brieger	—	82½ bz.
Niederschles.	—	88½ B.
N.-Schl.-Zweigb.	—	73 bz.
Nordb. (Fr.-W.)	—	66 a 1½ bz.
Ober-Ober.	—	47½
Oberniederr.	—	159½ a 158½ a 159½ bz.

Wechsel-Course.	1861 F.
Amsterdam	107 1/4 bz.
Brüssel	107 1/4 bz.
Hamburg	107 1/4 bz.
London	23 1/2 bz.
Paris	23 1/2 bz.
Wien österr. Währ.	8 1/2 bz.
Wien ungar. Währ.	2 1/2 bz.
Augsburg	2 1/2 bz.
Leipzig	2 1/2 bz.
Frankfurt a. M.	2 1/2 bz.
Petersburg	3 1/2 bz.
Warschau	8 1/2 bz.
Bremen	8 1/2 bz.

Berlin, 21. Jan. Weizen loco 60-72 Thlr. nach Qualität. — Roggen loco 80-82 Thlr. 46-48 Thlr. ab Bahn bez. Jan. 46½ — 47 Thlr. bez. und Br. 1/2 Thlr. Old. Jan.-Febr. 46½ — 47 Thlr. bez. Frühjahr 45½ — 46 Thlr. bez. und Br. 1/2 Thlr. Old. Mai-Juni 15½ — 16 Thlr. Br. 1/2 Thlr. Old. Juni-Juli 46½ — 47 Thlr. bez. — Gerste, große und kleine 31-38 Thlr. pr. 1750 Pfd., feine weiße 39 Thlr. ab Bahn bez. — Hafer loco 22-23½ Thlr., gelber 23½ Thlr. ab Bahn bez. Lieferung pr. Jan. und Jan.-Febr. 22½ Thlr., Frühjahr 22½ Thlr. bez., Mai-Juni 23½ Thlr. Br., Juni-Juli 23½ Thlr. bez. — Erbsen, Kochwaare 47-53 Thlr., Futterwaare 44-45 Thlr. — Rübsöl loco 15½ Thlr. bez., 15½ Thlr. Br., Jan. 15½ — 16 Thlr. bez., Jan.-Febr. 15½ — 16 Thlr. bez. und Br. 1/2 Thlr. Old. Febr.-März 15½ Thlr., April-Mai 15½ — 16 Thlr. bez. und Br. 1/2 Thlr. Old. Mai-Juni 15½ — 16 Thlr. bez. und Br. 1/2 Thlr. Old. Sept.-Okt. 14½ — 15 Thlr. bez. — Leinöl loco 14½ Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 14½ — 15 Thlr. bez., Jan. und Jan.-Febr. 14½ Thlr. bez., 1/2 Thlr. Br. 1/2 Thlr. Old. Febr.-März 14½ Thlr. bez., 1/2 Thlr. Br. 1/2 Thlr. Old. April-Mai 15½ — 16 Thlr. bez., 1/2 Thlr. Br. 1/2 Thlr. Old. Mai-Juni 15½ — 16 Thlr. bez. und Br. 1/2 Thlr. Old. Juni-Juli 15½ — 16 Thlr. bez., 1/2 Thlr. Br. 1/2 Thlr. Old. Juli-Aug. 15½ — 16 Thlr. bez. und Br. 1/2 Thlr. Old. Aug.-Sept. 16½ — 17 Thlr. bez.

Weizen ohne Handel. Roggen loco war bei überwiegender Offerten eher billiger käuflich, weil die Nachfrage sehr nachgelassen. Termine anfangs matt, zogen im Verlaufe des Marktes um eine Kleinigkeit an und schloßen fest. Hafer, Termine still. Der Artikel Rübsöl erfreute sich heute besonders einer großen Aufmerksamkeit der Speculation, wozu hohe auswärtige Berichte die nächste Veranlassung boten. Preise vertieften mangels Abgeber in langsam steigender Tendenz. Spiritus eröffnete unter gestrigen Schlusspreisen, fand aber zu diesen Courten vermehrte Nachfrage, was Preise ohne Minderung gegen gestern schließen läßt. Getäubigt 20,000 Quart.

Breslau, 22. Jan. Wind: West. Wetter: windig. Thermometer Früh 1° Wärme. Die Angebote von Getreide blieben heut reichlich, die Kaufwilligkeit zeigte sich jedoch zurückhaltend und so wurde eine matte Stimmung vorherrschend.

Weizen wurde nur schwach beachtet; pr. 85 Pfd. weißer 70-84 Sgr., gelber 67-76 Sgr., feinstes über Notiz bezahlt. — Roggen fand beschränktere Frage; pr. 84 Pfd. 50-52-54 Sgr., in feinsten Waare über Notiz bezahlt. — Gerste ohne wesentliche Minderung; pr. 70 Pfd. weißer 40-42 Sgr., gelber 38-39 Sgr. — Hafer sehr; pr. 50 Pfd. schlechterer 24-25 Sgr. — Erbsen, Widen u. Bohnen schwacher Umfatz. — Rapstuchen 51-53 Sgr. — Delfaaten waren bei den hohen Forderungen etwas gefragt. — Schlaglein hülles Geschäft. — Lupinen 36-40 Sgr. Sgr. pr. Schf. Sgr. pr. Schf.

Weißer Weizen..... 69-77-84 Widen..... 36-38-41
Gelber Weizen..... 66-72-78 Sgr. pr. Schf. a 150 Pfd. Brutto.
Roggen..... 50-52-54 Schlag-Reinfaat..... 180-195-205
Gerste..... 36-38-42 Winter-Raps..... 226-256-270
Hafer..... 23-25-27 Winter-Rüben..... 220-244-254
Erbsen..... 45-50-55 Sommer-Rüben..... 196-218-222

Kleezaat fand bei hohen Forderungen wieder lebhaftere Beachtung als dieser Tage. — rothe ordinäre 8½ — 10 Thlr., mittlere 10½ — 12 Thlr., feine 12½ — 14 Thlr., hochfeine 15 — 15½ Thlr., extrafeine 16 Thlr. und darüber, weiße ordinäre 8 — 9 Thlr., mittlere 10 — 13 Thlr., feine 14 — 17 Thlr., hochfeine 18 — 19 Thlr. — Schwedischer Klee 18-26 Thlr. Thymothee 5½ — 7 Thlr. pr. Ctr.
Kartoffeln pr. Sad a 150 Pfd. netto 18-21 Sgr.

Vor der Börse. Rohes Rübsöl pr. Ctr. loco 15½ Thlr., Januar 15½ Thlr., Frühjahr 15 Thlr. — Spiritus pr. 100 Quart a 80 % Alkalies loco 13½ Thlr., Januar 13½ Thlr., pr. Frühjahr 14½ Thlr.

Heute Abend 7 Uhr, im blauen Hirsch.

1) Die Sternennacht. Milchstraße, Nebelkette, Sternbilder, Planetensystem, Kometen, Sternschnuppen, Meteore. [695]

2) Das Forum romanum, Kapitöl und die Grabmale Roms.

3) Nebelbilder, Verwandlungen und Chromatropen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Stein.

Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.